

**Niederschrift über die
37. Sitzung des Kreistages (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 20.05.2019 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: **16:40** Uhr

Ende: **18:45** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Walter Bamberg

Herr Gerd Benz Müller

Herr Berthold Biwer

Herr Alexander Bohr

Herr Bernhard Busch

Herr Matthias Daleiden

Herr Jürgen Dixius

bis 18:45 Uhr (TOP 20.3.)

Herr Dr. Karl Heinz Frieden

bis 18:00 Uhr (TOP 14)

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Hülpes

Herr Dieter Klever

Frau Alexandra Lehnen

Herr Andreas Ludwig

bis 18:35 Uhr (TOP 17)

Herr Klaus Marx

Herr Alfons Maximini

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Peter Müller

Frau Stephanie Nabinger

Herr Paul Neumann

Herr Lutwin Ollinger

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Herr Walter Rausch

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Wolfgang Schäfer

Frau Kathrin Schlöder

bis 18:45 Uhr (TOP 20.3.)

Herr Achim Schmitt

Herr Helmut Schneiders

Herr Dr. Karl-Georg Schroll
Herr Andreas Steier
Herr Hans Steuer
Frau Simone Thiel
Herr Markus Thul
Frau Edith van Eijck
Herr Joachim Weber

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Jutta Roth-
Laudor

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt ab 17:15 Uhr (TOP 4)

Verwaltung

Herr Joachim Christmann
Herr Christoph Fuchs
Herr Mario Jägen

Geschäftsbereichsleiter II
Büroleiter
ab 17:15 Uhr, Abteilung 6 - Finanzen und
Kommunales (TOP 4)
Abteilung 2 - Zentralabteilung
Pressestelle
Geschäftsbereichsleiter III
Leiter der Abteilung Finanzen und Kom-
munales, ab 17:15 Uhr (TOP 4)

Herr Andreas Müller
Herr Thomas Müller
Herr Stephan Schmitz-Wenzel
Herr Alois Zehren

Schrifführer

Herr Andreas Reichert
Frau Michaela Schu

Gäste

Herr Albert Follmann

Presse, Trierischer Volksfreund, ab 17:15
Uhr (TOP 4)

Herr Matthias Gehlen
Herr Dr. med Thomas Poss
Frau Irene Schuster
Frau Heide von Schütz
Frau Anja Weckmann

Verwaltungsdirektor
Ärztlicher Direktor
Sekretariat Direktorium
Aufsichtsrat Kreiskrankenhaus
Presse, SWR, ab 17:15 Uhr (TOP 4)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter entschuldigt
Herr Sascha Kohlmann entschuldigt
Frau Sabina Quijano Burchardt entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** begrüßt die Mitglieder des Kreistages und die Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung der Sitzung, sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Die zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmten Kreistagsmitglieder Simone Thiel, in Vertretung für Sascha Kohlmann, und Walter Rausch sind anwesend.

Zu Beginn der Sitzung beschließt der Kreistag einstimmig den TOP 4 „Beschlussfassung über die Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH“ auf der Tagesordnung zu ergänzen. Sonstige Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.
Sie wird wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

4. **Beschlussfassung über die Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH**
Vorlage: 0168/2019
5. **Mitteilungen des Landrates**
6. **Einwohnerfragestunde**
7. **Auftragsvergabe; Lieferung und Bereitstellung von Multifunktionssystemen**
Vorlage: 0150/2019
8. **K 100 OD Damflos, Auftragsvergabe und Mehrkosten**
Vorlage: 0154/2019
9. **Gründung einer kommunalen Gesellschaft zur Beratung in der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe (KommGB-RP)**
Vorlage: 0108/2019/1
10. **Kein Glyphosat oder Nikotinoide auf öffentlichen Flächen des Kreises Trier-Saarburg (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 24.01.2019)**
Vorlage: 0110/2019/1
11. **Vorabbekanntmachung Linienbündel Ruwertal-Hochwald**
Vorlage: 0104/2019/2
12. **Kooperations- und Finanzierungsvertrag Linienbündel Ruwertal-Hochwald**
Vorlage: 0128/2019/1
13. **Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019: „Umlagensenkung“ vom 07.05.2019**
Vorlage: 0160/2019
14. **Haushaltsgenehmigung 2019, Aufnahme von Kommunalkrediten**
Vorlage: 0143/2019
15. **Abwicklung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2018 in das HH-Jahr 2019**
Vorlage: 0136/2019

16. Auszahlung einer Rückstellung zur Verlustabdeckung der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH
Vorlage: 0156/2019

17. Kooperation zwischen dem Landeskrankenhaus und der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH
Vorlage: 0159/2019

18. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für das Wirtschaftsjahr 2018 der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH
Vorlage: 0163/2019

19. Übertragung von kreiseigenen Photovoltaikanlagen an die RTS AöR
Vorlage: 0127/2019/1

20. Informationen und Anfragen

20.1 Anfrage des Kreistagsmitgliedes Rommelfanger bzgl. der Pflege der Webseite "Kulturtage Trier-Saarburg"
Vorlage: 0158/2019

20.2 Information über eine Eilentscheidung des Landrates
Vorlage: 0157/2019

20.3 Weitere Informationen und Anfragen

Öffentlicher Teil

4. Beschlussfassung über die Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH Vorlage: 0168/2019

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Hintergrund sei ein Hinweis der Aufsicht- und Dienstleistungsdirektion Trier diese Thematik aufgrund der besonderen Bedeutung durch den Kreistag zu beraten und einen entsprechenden Beschlussfassung herbei zu führen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen oder Rückfragen vor. Der **Kreistag** fasst sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den unter der Vorlagennummer 0161/2019 hinterlegten Gesellschaftsvertrag der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Mitteilungen des Landrates

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die zu Beginn der Sitzung zur Kenntnis gegebenen Mitteilungen (s. Anlage).

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

6. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Auftragsvergabe; Lieferung und Bereitstellung von Multifunktions-systemen Vorlage: 0150/2019

Protokoll:

Der Vorsitzende **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** werden keine Rückfragen geäußert. Es wird sodann folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Firma Triumph-Adler Deutschland, Bonn, den Auftrag zur Lieferung und Bereitstellung von Multifunktionssystemen für die Kreisverwaltung Trier-Saarburg für 60 Monate über 75.800,86 € zu erteilen. Auftragsgrundlage ist die öffentliche Ausschreibung (Submission am 18.04.2019).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **K 100 OD Damflos, Auftragsvergabe und Mehrkosten**
Vorlage: 0154/2019

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und Vorberatungen hin.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Rückfragen. Er fasst sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt einer Vergabe der Arbeiten für den Ausbau der K 100, OD Damflos, an den preisgünstigsten Anbieter zu.

Der Gesamtauftrag soll an die Firma Düpre, Hermeskeil, in Höhe des Gesamtkreisanteils = 981.956,41 € (Angebotssumme in Höhe von 3.426.165,91 €) vergeben werden. Vom diesem Kreisanteil sind 947.629,48 € zuschussfähig und 34.326,93 € nicht zuschussfähig.

Der Kreistag ermächtigt den Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM) darüber hinaus, den Auftrag für Grunderwerb, Schlussvermessung und Ausstattung in Höhe von ca. 43.000 € vergeben zu dürfen.

Der zuschussfähige Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 947.629,48 €, sowie die sonstigen damit zusammenhängenden Kosten in Höhe von 43.000,- € (Grunderwerb, Schlussvermessung und Ausstattung) werden vom Land voraussichtlich mit einer Förderquote von 76 % bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsantrag wurde beim Land gestellt und befindet sich dort aktuell in Bearbeitung.

Der nichtzuschussfähige Kreisanteil in Höhe von 34.326,93 € ist als reine Unterhaltungsmaßnahme in vollem Umfang vom Landkreis zu finanzieren.

Zusätzlich stimmt der Kreistag den absehbaren Mehrkosten für den Ausbau der K 100, OD Damflos, sowie der daraus resultierenden Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 231.000,- € gemäß dem im Sachverhalt der Vorlage dargestellten Finanzierungsvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. **Gründung einer kommunalen Gesellschaft zur Beratung in der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe (KommGB-RP)**
Vorlage: 0108/2019/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Rückfragen. Es wird sodann folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, der noch zu gründenden Kommunalen Gesellschaft zur Beratung in der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe (KommGB-RP) in geeigneter Weise beizutreten und sie zu ermächtigen, die entsprechenden Leistungen für den Landkreis Trier-Saarburg zu erbringen. Weiterhin wird die Verwaltung ermächtigt, die Finanzmittel für den Betrieb der Gesellschaft bis zum 31.12.2020 i.H.v. 82.500 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. **Kein Glyphosat oder Nikotinoide auf öffentlichen Flächen des Kreises Trier-Saarburg (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 24.01.2019)**
Vorlage: 0110/2019/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Die Vorlage basiere auf dem Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen- Kreistagsfraktion. Im Kreisausschuss, sowie in einer gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses und des Agrar- und Weinbauausschusses sei darüber bereits vorberaten worden.

Kreistagsmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt, dass der Antrag bereits ausführlich diskutiert worden sei. Die darin enthaltenen fünf Punkte seien zur Abstimmung gelangt, wobei Punkt 3 des Antrags von ihm in den Vorberatungen zurückgezogen worden sei. Die Punkte 4 und 5 seien abschlägig beschieden worden. Herr Port beantragt den Punkt 4 dennoch in die heutige Abstimmung aufzunehmen. Die Punkte 1 und 2 seien bereits auf dem Beschlussvorschlag. Punkt 5 des Antrags würde entfallen. Über diesen müsse man sich in absehbarer Zeit noch einmal unterhalten.

Kreistagsmitglied **Thul** (CDU) macht deutlich, dass die CDU-

Kreistagsfraktion dem Beschluss so wie in der Vorlage beschrieben ist, zustimmen werde. Es seien im Agrar- und Weinbauausschuss sehr intensive und sachbezogene Diskussionen geführt worden. Der Auffassung der Fachausschüsse, sowie dem Beschlussvorschlag würde sich die CDU-Kreistagsfraktion anschließen. Insofern könne die Fraktion den Punkt 1 und 2 zustimmen, aber allen weiteren Punkten nicht.

Auch die SPD-Kreistagsfraktion werde den besagten Punkten zustimmen, so Kreistagsmitglied **Maximini** (SPD). Der Antrag sei klar und präzise. Es bedürfe keiner zusätzlichen Änderung. Der von der Verwaltung vorgelegte und geänderte Beschlussvorschlag bediene seiner Auffassung nach den Standpunkt der Lobbyisten der Bauern- und Landwirtschaftsverbände. Als Beispiel sei an dieser Stelle der Prozess des Unternehmens Bayer/Monsanto zu erwähnen, welcher vor Kurzem in den Vereinigten Staaten mit der Konsequenz von hohen Entschädigungskosten verloren worden sei. Ein weiteres Beispiel sei das Thema Asbest, bei dem zu Beginn ebenfalls bezweifelt worden sei, dass es Krebs auslösend sei. Mittlerweile bezweifle dies niemand mehr.

Landrat **Schartz** erwähnt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Redezeiten im Voraus der Sitzung vereinbart worden seien.

Mit der Bitte um Vorlesung des Punkts 4 des Antrags, meldet sich Kreistagsmitglied **Roßmann** (SPD) zu Wort.

Kreistagsmitglied **Bohr** (CDU) fügt hinzu, dass es erfreulich sei, dass Punkt 3 des Antrags nicht mehr zur Diskussion stehe. Denn da werde deutlich, dass man der Landwirtschaft ein technischen Fortschritt und weiterhin den Einsatz von Düngemitteln auf kreiseigenen Flächen ermöglicht. Im Rahmen der Gesetze seien die Punkte ohnehin geregelt. Aus diesem Grund könne er zustimmen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus der Mitte des Kreistages vor.

Der **Kreistag** fasst daraufhin die folgenden Beschlüsse.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses folgendes:

1. Der Kreis Trier-Saarburg verzichtet weiterhin bei allen Grün-, Sport- und Verkehrsflächen unter seiner Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit den Wirkstoffen Glyphosat, glyphosatähnlichen Nebenprodukten und Neonikotinoiden.
2. Private Unternehmen, die im Auftrag des Kreises Trier-Saarburg die Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen durchführen, werden dazu vertraglich verpflichtet, auf einen Einsatz der o.a. Stoffe zu verzichten. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.
- 3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen.

Beschluss:

Der Kreistag möge beraten und beschließen, kreiseigene Einrichtungen, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege erbringen, nachdrücklich auf das geltende Verbot der Anwendung glyphosathaltiger Mittel auf befestigten Flächen hinzuweisen und den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizid- und herbizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten zu vermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 16 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

11. **Vorabbekanntmachung Linienbündel Ruwertal-Hochwald**
Vorlage: 0104/2019/2

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Es gibt keine Rückfragen seitens der Kreistagsmitglieder.

Der **Kreistag** fasst anschließend folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt, auf Basis der geplanten Verkehrsleistungen der Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung für das Linienbündel Ruwertal-Hochwald im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union zu.

Der Zweckverband Verkehrsverbund Region Trier soll mit der Durchführung der Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung beauftragt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. **Kooperations- und Finanzierungsvertrag Linienbündel Ruwertal-Hochwald**
Vorlage: 0128/2019/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es bestehen keine Rückfragen des Kreistages.

Daraufhin fasst der **Kreistag** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt, vorbehaltlich der Zustimmung des ÖPNV-Ausschusses dem Kooperations- und Finanzierungsvertrag für das Linienbündel Ruwertal-Hochwald zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

13. **Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019: „Umlagensenkung“ vom 07.05.2019**
Vorlage: 0160/2019

Protokoll:

Der Vorsitzende **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) geht in ihrem Redebeitrag auf den Jahresüberschuss 2018 ein. Von diesen Überschüssen habe der Landrat zwei Millionen als zusätzliche Rückstellung zur Abdeckung von Verlusten des Kreiskrankenhauses vorgesehen. Die SPD-Kreistagsfraktion wolle jedoch auf die angespannte Finanzlage der Ortsgemeinden hinweisen. Alle Ortsgemeinden im Landkreis würden über diese Umlage abgeschöpft ohne die Ausgaben des Kreises beeinflussen zu können. Hinzu käme die jeweilige Umlage der Verbandsgemeinden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Ortsgemeinden somit an den Verlusten des Kreiskrankenhauses beteiligt werden. Die Vorlage der Verwaltung stelle deutlich dar, dass der Landrat der Finanzplanung des Kreiskrankenhauses ein schlechtes Zeugnis ausstelle. Er als Aufsichtsratsvorsitzender der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH verkünde vor dem Kreistag, dass sich der Verlustausgleich im Laufe des Jahres noch erhöhen könnte. Dies sei eine fragwürdige Aussage. Überdies stelle die Vorlage der Verwaltung die Situation so dar, als ob die Haushaltsverbesserung Einmaleffekte für das Haushaltsjahr 2018 wären und im Jahr 2019 nicht mehr zum Tragen kommen würden.

Die SPD-Kreistagsfraktion bedanke sich ausdrücklich bei dem Kammerer der Kreisverwaltung, für seine gute Arbeit. Abschließend weise sie darauf hin, dass es unfair und unseriös wäre, wenn die finanziellen Verbesserungen des Kreishaushaltes nicht auch auf die Ortsgemeinden verteilt würden. Die SPD-Kreistagsfraktion fordere die Kreistagsmitglieder dazu auf, ihrem Antrag zu folgen. Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion wüssten, dass der 30. Juni keine Bremse für eine Umlagensenkung wäre. Sie wären gerne dazu bereit, die genauen Modalitäten in einem Nachtragshaushalt festzulegen, der nach der anstehenden Kommunalwahl beraten und entschieden werden würde.

In der Vergangenheit sei die CDU-Kreistagsfraktion stets für eine finanzielle Schonung der Gemeinden eingetreten, macht Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) deutlich. Der Grundsatz sei immer gewesen, nur so viel Kreisumlage wie unbedingt notwendig zu erheben, um die Aufgaben des

Kreises zu erfüllen. Im Jahr 2018 hätten die ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder von CDU, SPD und FWG zu Recht die Umlage gesenkt. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (ADD) als zuständige Aufsichtsbehörde hätte dies gerügt, ebenso die Presse. Es sei kein guter Stil der SPD-Kreistagsfraktion eine Woche vor der Kommunalwahl einen Antrag zu stellen, der nicht in den Fachausschüssen vorberaten worden sei. Der Innenminister habe auf einer öffentlichen Veranstaltung verkündet, dass die Kreistage in Rheinland-Pfalz die Umlage senken müssten. Der Landkreis Trier-Saarburg habe dies schon vor seiner Aussage veranlasst und sei von dem Innenministerium gerügt worden. Das Verhältnis Innenministerium zu ADD wirke als Bremse für den Landkreis, so Fraktionsvorsitzender Henter (CDU). Die CDU sei vertragstreu, da mit der ADD ein Vergleich über die Nicht-Erhöhung der Umlage geschlossen worden sei. Mann müsse bezüglich des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion zunächst mit der Aufsichtsbehörde Gespräche führen, um eine sachbezogene Beratung im Kreisausschuss durchführen zu können. Die CDU-Kreistagsfraktion beantrage diesen Tagesordnungspunkt in den Kreisausschuss zu verweisen und dort nach der Kommunalwahl zu beraten. Die Verwaltung solle in der Zwischenzeit Gespräche mit der ADD zum Thema Kreisumlagensenkung führen. Der neu gewählte Kreistag könne dann im August beschließen, ob er die Umlage senke oder nicht.

Es sei auffällig, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion eine Woche vor der Kommunalwahl eingereicht worden sei, so Kreistagsmitglied **Schlöder** (FWG). Nach internen Beratungsgesprächen sei die FWG-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, den Antrag zu vertagen. Ihre Fraktion bestünde aus drei Ortsbürgermeistern, die es begrüßen würden, wenn die Umlage gesenkt werden würde. Allerdings müssten sie als Kreistagsmitglieder die Belange des Landkreises im Vordergrund sehen. Das Gremium solle politische Arbeit betreiben, die dem Wohle, der nachhaltigen und der sinnvollen Entwicklung des Kreises Trier-Saarburg dienen. Für sie sei es nicht nachvollziehbar, warum in der heutigen Sitzung über die Rücknahme der Erhöhung und obendrein die Senkung der Umlage diskutiert werden solle. Die Verbesserung des Kreishaushaltes sei sehr erfreulich. Spontane Reaktionen könnten jedoch gegebenenfalls gefährlich sein. Vielmehr würde es Sinn machen, das laufende Haushaltsjahr abzuwarten und einen Nachtragshaushalt nach der Konstituierung des neuen Kreistags im Herbst zu verabschieden. Es gebe diverse andere „Baustellen“ in der Kreispolitik, die nicht abgeschlossen seien. Ein Anliegen der FWG-Kreistagsfraktion sei die Sanierung des Kreishaushaltes. So müssten Liquiditätskredite abgebaut werden. Außerdem würde ein kleines Finanzpolster es erlauben, die Kreispolitik wieder etwas kreativer gestalten zu können. Sie schließt sich ihrem Vorredner an und plädiert für eine Vertagung und Vorabberatung im Kreisausschuss.

Kreistagsmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) geht auf die Resolution der CDU-Kreistagsfraktion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die in der letzten Sitzung des Kreistages diskutiert worden sei, ein. Der heutige Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sei ausschließlich der Wahlkampfpolemik zuzuordnen. Eine Begründung für den vorgelegten Antrag

fehle vollends. Er verzichte auf weitere Spekulationen. Demnächst stünden die Haushaltberatungen für das Jahr 2020 an. Sollten sich dabei Spielräume für eine Umlagensenkung ergeben, sei die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion gerne bereit darüber zu sprechen. Er stimmt seinen Vordnern nicht zu, diesen Antrag an den Kreisausschuss zu verweisen, zumal dem Antrag eine Begründung fehle. Falls ein vollständiger Antrag vorgelegt würde, könne dieser gerne diskutiert werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) ist nicht gewillt einem solchen Antrag in dieser Sitzung stattzugeben. Man sei strikt dagegen und er käme zur Unzeit.

Kreistagsmitglied **Müller** (parteilos) stimmt dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu, den Antrag in die Ausschüsse zu verweisen, um ihn ausführlich zu diskutieren.

Er nutze seine weitere Redezeit, um sich von dem Kreistag als Gremium zu verabschieden. Er trete bewusst zur nächsten Legislaturperiode nicht mehr zur Wahl an. In der weiteren Redezeit geht er darauf ein, wie er zur AfD gekommen und wieso er wieder ausgetreten sei. Als nun parteiloses Mitglied des Kreistages sehe er Übereinstimmung aber auch Diskrepanzen in verschiedenen Punkten der anderen Parteiprogramme.

Der **Landrat** wolle für die Verwaltung noch einige Worte sagen. Der Innenminister habe versucht, den Streit zwischen dem Land und den Kommunen zu schlichten, was jedoch nicht gänzlich gelungen sei. Die Situation des Kreiskrankenhauses sei eine schwere Aufgabenstellung in Bezug auf die Finanzen, auch im Hinblick auf die Zukunft. Aus diesem Grund gehöre dieser Aspekt im Kontext erwähnt.

Die Langfristigkeit bzw. Nachhaltigkeit der Schlüsselzuweisungen seien zwar gestiegen, aber dem entgegen gehe die Steuerkraft zurück. Leider sei der LK zunehmend bezüglich des größten Ausgabepostens, nämlich den sozialen Lasten, an die Schlüsselzuweisung A gebunden. Es gebe keine gesonderten Zuweisungen für diese Aufgaben.

Die Berechnungen von Bildungsministerin Hubig zu den Kindertagesstätten als Zukunftsfrage im Landkreis Trier-Saarburg werde die Kreisverwaltung hinterfragen, da sie aus Sicht der Kreisverwaltung nicht nachvollziehbar sei. Er sehe ein großes Risiko auf den Landkreis zukommen.

Im nächsten Punkt erläutert der **Landrat**, dass die Verwaltung in der Vorlage sehr wohl deutlich gemacht habe, wo die Risiken im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit eines Haushaltes liegen. Es sei zu unterschiedlichen Punkten Stellung genommen worden. Die Zahlen sprächen für sich. Er empfehle einen Antrag auf Umlagensenkung derzeit abzulehnen, da dadurch der Haushalt außer Vollzug gesetzt werde. Es sei nicht der richtige Weg bereits jetzt den neuen Kreistag mit dieser Frage zu belasten.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der **Vorsitzende** verweist auf das weitere Verfahren.

Folgend stimmt der Kreistag über den Verfahrensantrag der CDU-

Kreistagsfraktion bezüglich der Vertagung und Verweisung der Thematik an den Kreisausschuss ab.

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion:

Der Kreistag beschließt den Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019 „Umlagensenkung“ vom 07.05.2019 zu vertagen und an den Kreisausschuss zwecks Vorberatung zu verweisen.

Mehrheitlich beschlossen bei 39 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen.

**14. Haushaltsgenehmigung 2019, Aufnahme von Kommunalkrediten
Vorlage: 0143/2019**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des Kreistages bestehen keine Rückfragen. Sodann fasst der **Kreistag** folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, die durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier für das Haushaltsjahr 2019 genehmigten Investitionskredite bis zu einer Höhe von 14.895.127 € am Kreditmarkt aufzunehmen.

Bei der Abgabe von mehreren gleichwertigen Angeboten kann die Sparkasse Trier bevorzugt berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**15. Abwicklung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2018 in das HH-Jahr 2019
Vorlage: 0136/2019**

Protokoll:

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Kreistagsmitglied **Meß** (Die Linke) stellt die Frage in den Raum, ob der Landrat sich gegebenenfalls in einem Interessenskonflikt im Zusammenhang mit seinem Engagement als Aufsichtsratsmitglied bei RWE Power AG befinde.

Landrat **Schartz** entgegnet ihr, dass es sich hierbei um den Haushaltsvollzug des Kreishaushaltes handle. Insofern gebe es keine Unmittelbarkeit zu seiner Position bei der RWE Power AG. Er erläutert dies detailliert.

Es liegen keine Rückfragen vor. Der **Kreistag** fasst im weiteren Verlauf den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bildung und Übertragung von Haushaltsausgabeermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **25.115.181,37 €** (Anlage 1 „Spalte: Tatsächlich zu übertragende Mittel nach Meldung der Fachabteilung“).

Der Kreistag nimmt die beigefügte Übersicht über die Haushaltsermächtigungen aus dem Vorjahr zur Kenntnis, bei denen eine Übertragung nicht mehr erfolgen kann, da eine Inanspruchnahme der Kreditermächtigung aus diesem Zeitraum nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben des § 103 GemO nicht mehr möglich ist und hierdurch die Finanzierung nicht gesichert ist (Anlage 1 „Spalte: verfallene HH-Reste aus 2017“). Diese verfallenen Reste wurden je nach Bedarf von den Fachabteilungen im Haushaltsplan 2019 berücksichtigt und neu veranschlagt.

Ausnahme hierzu bildet die Maßnahme 126010116 – Beschaffung eines Gerätewagens-Gefahrstoffe für den Gefahrstoffzug der Abteilung 10. Bei dieser Maßnahme sollte bis zum Rechnungsschluss 2018 die Abschlussrechnung abgewickelt sein. Da bei der Zwischenabnahme festgestellt wurde, dass noch entscheidende Änderungen vorgenommen werden mussten, verzögerte sich die Auslieferung des Fahrzeugs und dementsprechend die damit verbundene Schlussrechnung in den April 2019. Hierzu müsste die Ausgabeermächtigung in Höhe von 204.809,06 Euro ebenfalls in das Jahr 2019 vorgetragen werden.

Im Rahmen der endgültigen Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2018 nach § 114 GemO, wird der Kreistag die über das Ende des Haushaltsjahres 2018 hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen in Höhe von

insgesamt: 25.115.181,37 €

(nach § 17 Abs. 5 GemHVO in Verbindung mit § 53 GemHVO) abschließend förmlich feststellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

16. Auszahlung einer Rückstellung zur Verlustabdeckung der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH
Vorlage: 0156/2019

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es bestehen keine Rückfragen zu diesem Tagesordnungspunkt. Der **Kreistag** fasst sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag ermächtigt den Landrat und die Verwaltung, die in Höhe von 2,0 Mio. € gebildete Rückstellung zur Abdeckung von möglichen weiteren Verlusten der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH (KKH GmbH) im Wirtschaftsjahr 2018, je nach Bedarf aufzulösen und zur Auszahlung zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

17. **Kooperation zwischen dem Landeskrankenhaus und der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH**
Vorlage: 0159/2019

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage mit der Ergänzung der Beschlussvorlage der Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH.

Der **Kreistag** stimmt zu, die beiden Punkte Kooperationsvertrag und Gesellschaftsvertrag in einem Punkt zusammenzufassen.

Der **Landrat** informiert über aktuelle Pressemitteilungen, in denen auf andere Verbundkrankenhäuser verwiesen werde. Die Krankenhauslandschaft in Rheinland-Pfalz sei stark in Bewegung geraten. Andere Krankenhäuser hätten ähnliche Probleme, wie sie der Landkreis Trier-Saarburg habe. Im letzten Jahr seien Gespräche mit der Landeskrankenhaus AÖR begonnen worden. Nun sollte ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Die Gesellschafterstruktur werde verschlankt und der Aufsichtsrat werde mit dem Gesellschaftsvertrag abgeschafft. Eine neue Rolle bekomme die Gesellschafterversammlung mit einer kleineren Zahl von Mitgliedern. Der Kreistag erhalte laut Vertrag eine eigene Rolle. Die Kooperation mit der Landeskrankenhaus AÖR werde effektiver. Der Kreis sei nicht mehr der alleinige Herr des Kreiskrankenhauses. Man begeben sich in einen laufenden beiderseitigen Diskurs über anstehende Maßnahmen. Der Kooperationsvertrag sei ein Vertrag über den Leistungsaustausch zwischen den beiden Krankenhäusern. Dies sei für die Belegschaft wichtig. Der neue Kooperationspartner könne eine ganze Menge Aufgaben in die bestehenden Strukturen einbringen, die gewinnbringend für beide Seiten wären. So könne externes eingekauftes Personal eingespart werden. Ferner sei das Landeskrankenhaus sehr gut auf unterschiedlichen Ebenen vernetzt.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) befürwortet sowohl die Neufassung des Kooperationsvertrages als auch die Änderung des Gesellschaftsvertrages. Er begrüße ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Landeskrankenhaus AÖR. Die CDU-Kreistagsfraktion habe immer in den vergangenen Jahren hinter dem Krankenhaus in Saarburg gestanden. Man war und sei immer noch der Meinung, dass Saarburg ein wichtiger

Standort für die medizinische Versorgung sei. Die Förderung des ländlichen Raums sei eng verbunden mit dem Kreiskrankenhaus. Es gehe zudem um 600 Arbeitsplätze, die es gelte zu erhalten. Außerdem werde die Notarztversorgung im Saarburger Raum sichergestellt. Die CDU-Kreistagsfraktion erwarte von der Kooperation ein professionelles Management. Mittelfristig werde man eine Besserung der Finanzen erwartet. Es sei aber nicht zu vermeiden, dass der Kreistag noch eine Zeit lang Verluste abdecken müsse. Die Eigenständigkeit des Krankenhauses sei gewahrt und große Investitionen kündigten sich an. So sollte beispielsweise in eine psychiatrische Abteilung investiert werden. Alle Kreistagsmitglieder sollten sich die Maxime zu Eigen machen, zukünftig positiv über das Krankenhaus zu berichten. Er sei überzeugt von einer guten Zukunft des Standortes Saarburg. Die CDU-Kreistagsfraktion habe die Tischvorlage der Verwaltung erfreut zur Kenntnis genommen, worin hervorgehe, dass der Betriebsrat die Entscheidungen begrüße. Abschließend bedankt er sich bei allen Beteiligten für die gute Arbeit. Die Fraktion werde beiden Beschlüssen zustimmen.

Mit der heutigen Entscheidung belaste man den zukünftigen Kreistag, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Im Rahmen der Beratung zu den beiden ausgehandelten Verträgen müsse es erlaubt sein, kritische Fragen zu stellen. Bis 2012 habe das Kreiskrankenhaus schwarze Zahlen geschrieben. Die Probleme fingen laut Aussage des Landkreises erst im Jahr 2013 an. Es zeige, dass unter einer anständigen Führung des Hausmanagements gute Zahlen geliefert werden könnten. Die Vertragsentwürfe seien zufriedenstellend. Der Landkreis habe allerdings Lehrgeld in den vergangenen Jahren bezahlt, da die Landeskrankenhäuser AöR bereits früher zur Unterstützung bereit gestanden hätte. Man habe eine Bestandsgarantie und einen Businessplan bis zum Jahr 2026. Die SPD-Kreistagsfraktion stehe dazu, dass Investitionen getätigt werden müssten, dazu zählten ein Neu- bzw. Umbau des Gebäudes, darüber hinaus in die Modernisierung von Inventar. Sie wolle eine Pressemeldung kommentieren und stelle klar, dass der frühere Chefarzt der Chirurgie nicht überraschend gegangen, sondern von der damaligen Geschäftsführung entlassen worden sei. Den Kreis habe dieser Aufhebungsvertrag sechsstellige Beträge gekostet. In Zukunft werde die Gesellschaft enger an den Landkreis gebunden. Es seien verschiedene Regelungen im Gesellschaftsvertrag getroffen, um das Heft des Handelns in Kooperation mit dem Landeskrankenhaus in eigener Hand zu behalten. Der Kreis Trier-Saarburg behalte vollumfänglich die Finanzierungsmöglichkeiten bis einschließlich 2026. Es sei erfreulich, dass die Mitarbeiter und die Belegschaft diese Entscheidung mittragen, obwohl sie nur noch drei beratende Stimmen in der neuen Gesellschafterversammlung besäßen.

Mit einem Rückblick auf die vorangegangene Gesellschafterversammlung beginnt der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) seinen Redebeitrag. Die einstimmigen Beschlüsse des Gremiums seien gute Vorzeichen für den Kreistag diese mitzutragen. Aus Sicht der FWG werde ein entscheidender Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit des Kreiskrankenhauses gemacht. Er sei überzeugt davon, dass mit der Bestellung des neuen Ge-

schäftsführers durch die Landeskrankenhaus AöR ruhigere Zeiten anbrechen. Große Erwartungen setze er in die Kooperation, da es sich beim Kooperationspartner um ein Krankenhaus mit dem größten psychiatrischen, physiotherapeutischen und neurologischen Bereich in Rheinland-Pfalz handle. Zudem verfüge es über Erfahrungen in der stationären Grundversorgung. Unter Fortführung der Trägerschaft durch den Landkreis und mit der Kooperation mit dem Land werde eine Professionalisierung und eine steigende Wirtschaftlichkeit einhergehen. Er gebe zu, dass die Beauftragung von verschiedenen Firmen mit umfangreichen Beratungsleistungen und der Geschäftsführung gescheitert sei. Dadurch habe das Krankenhaus Zeit und Reputation verloren. Die neu beschlossene Kooperation sei die letzte Chance für das Kreiskrankenhaus. Im weiteren Verlauf seiner Rede legt er die Chancen und Risiken des Businessplans, der auf dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2019 bis 2026 basiere, dar. Trotz der in absehbarer Zeit notwendigen hohen Kosten für den Landkreis, stimme die FWG-Kreistagsfraktion den Verträgen wohlwollend zu. Er bedanke sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und er hoffe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreiskrankenhauses eine gute Zukunft.

Kreistagsmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt, dass er sowohl die positiven Argumente, als auch die Kritik der Fraktionsvorsitzenden Sahler-Fesel (SPD) nachvollziehen könne. Er ziehe die Bündnis 90/ Die Grünen- Fraktion mit in die Kritik ein, da diese vormals dem Vertrag mit den ehemaligen Beraterfirmen zugestimmt habe. Die Fraktion habe dem Kreiskrankenhaus in kommunaler Trägerschaft nie im Wege gestanden. Alle Beschlüsse seien aktiv unterstützt und aus Überzeugung getätigt worden. Das Krankenhaus in Saarburg sei eines von wenigen Krankenhäusern der Region, welches nicht in kirchlicher Trägerschaft geführt sei. Dies sei für ihn eine besondere Motivation. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion werde den Verträgen zustimmen.

Kreistagsmitglied Frau **Dr. Meß** (Die Linke) geht auf die in der Vergangenheit negativ gelaufenen Maßnahmen der Firma André Consult GmbH ein. Die Anwesenden könnten nicht nur Schönrederei betreiben. Das Betriebsratsmitglied des Kreiskrankenhauses Fleck habe, laut Protokoll vom 08.01.2018, in der Vergangenheit bereits zu bedenken gegeben, dass Pläne ohne Abstimmung mit dem Landeskrankenhausplan geschaffen worden seien. Sie habe dies nachlesbar in verschiedenen Protokollen mehrfach angemahnt, dass die o.g. Firma beauftragt worden sei. Es sei damals so dargestellt worden, als sei dieser Weg alternativlos. Man sei knapp einer Katastrophe durch eine Verkettung von Fehlentscheidungen entkommen. Der vorherige Geschäftsführer solle dafür Verantwortung übernehmen.

Der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) bekräftigt, dass die letzten Jahre eine Menge Arbeit durch korrektive Maßnahmen gemacht haben. Er bedanke sich dafür und die FDP-Kreistagsfraktion stehe hinter dem Saarburger Krankenhaus. Ihn trage die Hoffnung, dass das Dilemma ertragbar abgeschwächt werden könne. Die Annahme, dass das Krankenhaus kurzfristig Gewinne erziele, sei unrealistisch. Mit der neuen Kooperation erhof-

fe er sich eine langfristige Erhaltung des Standortes Saarburg.

Kurz zusammengefasst sei Kreistagsmitglied **Dr. Schroll** (parteilos) mit der entstandenen Kooperation gänzlich einverstanden. Er bedanke sich für die positive Gesinnung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses, sowie bei der Verwaltungsspitze des Landkreises. Dies sei ein guter Weg für die ländliche Daseinsvorsorge.

Der **Vorsitzende** geht auf einige zuvor geäußerte Punkte ein. Er räume ein, dass das Kreiskrankenhaus zu lange von der Substanz gelebt habe. Ein anderer Aspekt sei die Bestellung einer Beraterfirma, die im Nachhinein betrachtet, gescheitert sei. Jeder im Aufsichtsrat habe Verantwortung getragen. Als persönliche Anmerkung fügt er hinzu, dass die Kommunalpolitik mit positiven und negativen Phasen konfrontiert werde.

Im Folgenden spricht der **Vorsitzende** einen Ordnungsruf gegen das Kreistagsmitglied **Meß** (Die Linke) aus.

Im Anschluss daran liegen keine Rückfragen aus der Mitte des Kreistags vor. Der **Kreistag** fasst den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag begrüßt den Abschluss des Kooperationsvertrags zwischen der Kreiskrankenhaus Sankt Franziskus Saarburg GmbH und der Landeskrankenhaus AöR.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**18. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für das Wirtschaftsjahr 2018 der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH
Vorlage: 0163/2019**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es bestehen keine Rückfragen des Kreistages. Der **Kreistag** fasst daraufhin folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmeier und Partner GmbH, 47702 Krefeld, mit der Prüfung der Jahresrechnung der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH und der MVZ Konz GmbH für das Wirtschaftsjahr **2018** zum Angebotspreis von 17.820,25 € (inkl. Umsatzsteuer).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

19. **Übertragung von kreiseigenen Photovoltaikanlagen an die RTS AöR**
Vorlage: 0127/2019/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied **Meß** (Die Linke) trägt der **Landrat** die Vorlage detailliert vor.

Weitere Rückfragen bestehen seitens des **Kreistages** nicht. Er fasst so- dann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Übertragung der kreiseigenen Photovoltaikanlagen zu einem Preis von 560.000 € an die RTS AöR.

Der Kaufpreis soll in Höhe des Restbuchwerts von der RTS AöR an den Landkreis gezahlt werden, der restliche Betrag soll als Kapitaleinlage in der RTS AöR verbleiben und dort zur Finanzierung des Eigenkapitalanteils bei der Umsetzung weiterer Projekte eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

20. **Informationen und Anfragen**

20.1. **Anfrage des Kreistagsmitgliedes Rommelfanger bzgl. der Pflege der**
Webseite "Kulturtag Trier-Saarburg"
Vorlage: 0158/2019

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Aus der Mitte des Kreistages bestehen keine Rückfragen oder Wortmel- dungen.

Der **Kreistag** nimmt die dargelegten Informationen zur Kenntnis.

20.2. **Information über eine Eilentscheidung des Landrates**
Vorlage: 0157/2019

Protokoll:

Der Vorsitzende **Schartz** verweist auf die Informationsvorlage der Verwal- tung als Tischvorlage.

Die Verträge seien vor kurzem unterzeichnet worden. Damit sei die Eilent- scheidung bekannt gegeben. Mit der LBBW sei ausdrückliches Still- schweigen über alle Konditionen und Vereinbarungen vereinbart worden. Er bedanke sich für eine konstruktive Unterstützung der Gremienmitglie- der.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) merkt an, dass das Datum auf dem Dokument der Anlage „Abteilung 6- Finanzen und Kommunales; Eilentscheidung des Landrats gemäß §42 der Landkreisordnung Rheinland-Pfalz (LKO)“ auf den 20.05.2019 korrigiert werden müsse.

Seitens der SPD-Kreistagsfraktion kündigt sie an, das Innenministerium aufzufordern, die SWAP-Verträge und alle weiteren Vorgänge kommunalaufsichtsrechtlich prüfen lassen zu wollen, ob die Vorgaben der Gemeindeordnung (GemO) eingehalten worden seien.

Landrat **Schartz** bemerkt, dass auf der o. g. Anlage als Tischvorlage ebenfalls der Wortlaut „Zustimmung“ auf „zur Kenntnis“ geändert werden müsse.

Den Hinweis von der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) nehme er zur Kenntnis und vertraue auf die Objektivität des Innenministeriums in diesem Zusammenhang.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

20.3. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) berichtet von allgemeinen Pressemitteilungen bezüglich der anstehenden Kommunalwahl, worin nur einseitig und nicht alle Politiker zu Wort kämen. Er sehe hierbei einen gravierenden Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Es sei bedauerlich, dass der Bevölkerung im Landkreis wichtige Informationen vor der Kommunalwahl enthalten blieben.

Darauf habe er keinen Einfluss, so Landrat **Schartz**.

Im weiteren Verlauf stellt Kreistagsmitglied **Rommelfanger** (SPD) eine kurze Anfrage zum Thema des Umbaus des Gymnasiums in Konz. Er sei von Bürgern persönlich angeschrieben worden. In diesem Schreiben beklage der Bürger sich, dass er bis heute keine Antwort seitens der Kreisverwaltung bekommen habe. Darin seien bestimmte Personen namentlich genannt. Dies sei für ihn kein Punkt für den öffentlichen Teil der Sitzung.

Der **Vorsitzende** informiert über den Hergang dieses Vorgangs. Die Verwaltung habe dem betroffenen Bürger ausführlich vor wenigen Tagen geantwortet. Allgemein könne er sagen, dass man in Konz scheinbar von einigen Bürgern kritisch beäugt werde. Es würden weiterhin alle Anfragen von Presse und Bürgern schnellstmöglich beantwortet.

Weiterhin erkundigt sich Kreistagsmitglied **Rommelfanger** (SPD) über die Ergebnisse der letzte Sitzung des Bauausschusses, die am vergangenen Freitag, dem 17.05.2019 auf seine Anregung in der Realschule plus in Saarburg stattgefunden habe.

Der Kreisbeigeordnete **Reis** (FWG) berichtet von der Begehung mit den

zuständigen Lehrerinnen und Lehrern, bei der sie auf einige bauliche Missstände hingewiesen worden seien. Es solle demnächst im Hause der Kreisverwaltung ein Gespräch über zukünftige Maßnahmen geführt werden. Die anschließend zum Teil nicht-öffentlichen Beschlüsse würden zeitnah bekannt gegeben werden.

Kreistagsmitglied **Schmitt** (SPD) bittet um Auskunft des Landrats bezüglich der fraktionsübergreifenden Initiative der Stadt Schweich das Holzmodulhaus für das Jugendzentrum zu gewinnen.

Vor längerer Zeit habe es Gespräche mit der Stadt Schweich gegeben, so Landrat **Schartz**. Er wisse von deren Ansinnen, allerdings gebe es in der Sache keinen neuen Sachstand zu vermelden. Entscheidend sei die Belegung des Hauses. Dies hänge mit der Verteilung der Flüchtlinge innerhalb des Landkreises zusammen. Der Geschäftsbereichsleiter Herr Christmann sei diesbezüglich in Gesprächen.

Es liegen keine weiteren Informationen und Anfragen vor.

Zum Schluss der Sitzung und zum Abschluss dieser Legislaturperiode des Kreistages bedankt sich der **Landrat** für die gute und sachbezogene Zusammenarbeit der vergangenen Wahlperiode. Es habe ein hohes Grundvertrauen untereinander gegeben.

Leider gehe in der öffentlichen Wahrnehmung zu oft unter, welche Arbeit in den größtenteils ehrenamtlichen Kreis- und Ortsgruppen verrichtet werde. Alle nun ausscheidenden Kreistagsmitglieder würden zu einer Verabschiedungsrunde in der zweiten Sitzung des neuen Kreistages eingeladen werden.

Es liegen zum Abschluss keine weiteren Wortmeldungen aus der Mitte des Kreistages vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Günther Schartz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)